

Gründungsurkunde der Öffentlichen Stiftung für die Deutschsprachige Universität Budapest mit Änderungen in einheitlicher Fassung

(Die Änderungen sind mit dicken Buchstaben gekennzeichnet)

Mit dieser Gründungsurkunde wird von der Regierung der Republik Ungarn nach dem § 74/G. des Gesetzes Nr. IV. von 1959 über das Bürgerliche Gesetzbuch (im Folgenden BGB genannt), sowie nach dem Abs. (7) § 7 des Gesetzes Nr. CXXXIX von 2005 über das Hochschulwesen eine als besonders gemeinnützige Organisation funktionierende Stiftung des öffentlichen Rechts für die Erledigung der öffentlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterhaltung und Betätigung der Andrassy Gyula Deutschsprachigen Universität Budapest (im folgenden Universität genannt) nach den folgenden Bestimmungen gegründet:

1. Der Gründer

Der Gründer ist die Regierung der Republik Ungarn (Budapest, Bezirk V., Kossuth tér 1-3) (im Folgenden Gründer genannt).

Die Vertretung des Gründers - ausgenommen die Änderungen der Gründungsurkunde - wird von dem für die Bildung verantwortlichen Minister (im Folgenden Minister genannt) versehen, und die dem Gründer zustehenden Rechte und Verpflichtungen - einschließlich auch der Bewertung des Jahresberichtes sowie des Gemeinnützigkeitsberichtes - werden auch von diesem Minister ausgeübt. Die Kuratoriumsmitglieder und die Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Regierung aufgrund der Aufforderung und des Vorschlags des Ministers beauftragt.

2. Die Bezeichnung der Stiftung des öffentlichen Rechts

Öffentliche Stiftung für die Deutschsprachige Universität Budapest (im Folgenden Öffentliche Stiftung genannt).

Name der öffentlichen Stiftung auf Deutsch: Öffentliche Stiftung für die Deutschsprachige Universität Budapest.

Name der Öffentlichen Stiftung auf Englisch: Public Foundation for the German Language University Budapest.

Name der Öffentlichen Stiftung auf Französisch: Fondation Publique pour l'Université de Langue Allemande de Budapest.

3. Sitz der Öffentlichen Stiftung

H-1088 Budapest, Pollack Mihály tér 3.

4. Zeitdauer der Öffentlichen Stiftung

Die Öffentliche Stiftung wird für eine unbefristete Zeitdauer gegründet.

5. Art der Öffentlichen Stiftung

5.1. Die Öffentliche Stiftung stellt eine staatliche Aufgaben erledigende, offene öffentliche Stiftung dar, an deren gemeinnützigen Dienstleistungen jede teilhaben kann. Die Öffentliche Stiftung stellt den Betrieb des von ihr unterhaltenen Institutes mit der Unterstützung der Universität sicher. Darüber hinaus kann die Öffentliche Stiftung im Rahmen eines öffentlichen, allen zugänglichen bzw. auf Einladung aufbauenden Bewerbungssystems sonstige Zuwendungen gemäß den im § 15. des Gesetzes Nr. CLVI. von 1997 über die gemeinnützigen Organisationen (im Folgenden Gesetz über die gemeinnützigen Organisationen (ungarische Verkürzung: Kszt.) genannt) festgelegten Bedingungen auch leisten, um ihre Ziele zu realisieren.

Die Öffentliche Stiftung ist offen, der können alle inländischen, bzw. ausländischen natürlichen Personen, Rechtspersonen, und Organisationen ohne Rechtspersönlichkeit mit finanziellen oder sonstigen Vermögensbeiträgen, Angeboten beitreten, wenn die die Ziele und die Betriebsvorschriften der Öffentlichen Stiftung annehmen. Die Entscheidung über die Annahme des Beitritts wird vom Kuratorium

der Öffentlichen Stiftung getroffen. Dabei wird das Kuratorium die über die den Beitritt verlangenden Organisation, Institut oder Person zur Verfügung stehenden Informationen sowie - bei den zweckgebundenen Angeboten - das bezeichnete Ziel ermessen. Das Kuratorium kann das Angebot ablehnen, wenn dessen Ziel von den Zielen der Öffentlichen Stiftung teilweise oder völlig abweichend ist. Die angenommene zweckgerichtete Unterstützung muss gesondert behandelt, und für die von dem Sponsor oder von dem Kuratorium bestimmten Zwecke verwendet werden.

Das Kuratorium ist verpflichtet, das Angebot abzulehnen, wenn

- a) die Tätigkeiten der den Beitritt verlangenden Rechts- oder Privatperson mit den Zielen der Öffentlichen Stiftung unvereinbar sind,
- b) das Ziel des Angebotes den Zielen der Öffentlichen Stiftung widerspricht, oder
- c) die Annahme des Angebotes die Öffentliche Stiftung auf welcher Art ungünstig betrifft.

5.3. Die Organisation der öffentlichen Stiftung ist unabhängig von den Parteien, wird denen keine finanzielle Unterstützung leisten, und wird von denen auch keine Unterstützungen entgegennehmen; die Öffentliche Stiftung übt keine direkten politischen Tätigkeiten aus, und wird keine Kandidaten als Parlamentsabgeordneten, und bei den Wahlen der Selbstverwaltung des Komitats, und der Hauptstadt keine Kandidaten stellen und unterstützen.

6. Ziele und Tätigkeiten der Öffentlichen Stiftung

6.1. Ziele und Tätigkeiten der Öffentlichen Stiftung:

- a) Durch die Betätigung von gemeinsamen Programmen und Instituten werden die Bildungs- und die Forschungsk Kooperation zwischen den ausländischen Staaten und Ungarn entwickelt, sowie die Verbindungen verstärkt,
- b) Die Erledigung der im Zusammenhang mit der Unterhaltung und Betätigung der Universität anfallenden Aufgaben, sowie die Unterstützung der Bildungs- und Forschungsaktivitäten des Institutes,
- c) Die Öffentliche Stiftung wird ihre unter dem Punkt a) aufgeführte Tätigkeit mit der Mitarbeit des innerhalb des Rahmens der Universität funktionierenden Internationalen Wissenschaftsrates und des Sozialrates verwirklichen.

6.2. Gemäß dem §5 des Gesetzes über die gemeinnützigen Organisationen funktioniert die Öffentliche Stiftung als eine besonders gemeinnützige Organisation, und wird die in Abs. 3., 4 und 19. des Punktes c) vom §26 des Gesetzes über die gemeinnützigen Organisationen bestimmten untenstehenden gemeinnützigen Tätigkeiten direkt, bzw. durch die Unterstützung des von ihr unterhaltenen Institutes durchführen:

- a) Wissenschaftliche Tätigkeit, Forschung,
- b) Edukation und Unterricht, Entwicklung der Fähigkeiten, Wissensverbreitung,
- c) Beförderung der euroatlantischen Integration.

6.3. Die Öffentliche Stiftung wird bei der Zuteilung der Betriebskosten und sonstigen Zuwendungen einen Vertrag abschließen, in dem das Zweck der von ihr unterstützten Tätigkeit, die Verwendungsordnung, der Inhalt, die Frist und die Belege der Abrechnung – unter Vorbehalt des permanenten Kontrollrechts der Öffentlichen Stiftung, die Art und Weise der Kontrolle, sowie die Folgerungen einer eventuellen Vertragsverletzung enthalten sind. Die an die Abrechnungen gestellten Anforderungen sind in der Vorschrift bezüglich der Vermögensverwaltung enthalten, die Anlage der Organisationshandbuchs (ungarische Verkürzung: SZMSZ) ist, diese Anforderungen dürfen der Gründungsurkunde nicht widersprechen.

6.4. Die Öffentliche Stiftung kann ohne die Veröffentlichung einer Ausschreibung - außer der Unterstützung des von ihr unterhaltenen Institutes - jährlich in einem Umfang von höchstens 5% ihres Vermögens, aber höchstens insgesamt eine Million HUF als (direkte oder indirekte) Unterstützung für die in der Gründungsurkunde festgelegten Zwecke leisten.

7. Das Vermögen der Öffentlichen Stiftung, und Verwendung des Vermögens der Öffentlichen Stiftung

7.1. Das Startkapital der öffentlichen Stiftung beträgt 80 000 000,- HUF, d.h. Achtzigmillionen HUF, von dem das Stammvermögen 10% (8.000.000,-, d. h. Achtmillionen HUF) ausmacht, und das für den Betrieb der öffentlichen Stiftung nicht verwendet werden darf.

7.2. Zum Zweck der Öffentlichen Stiftung können verwendet werden:

- a) Der das Berichtsjahr betreffende Anteil der vom Budget geleisteten Unterstützungen,
- b) Das Startkapital - über dem Stammvermögen - der öffentlichen Stiftung, bzw. dessen Ertrag,
- c) Der verwendbare Anteil der Spenden der Beitretenden,
- d) Der Ertrag der Unternehmensaktivitäten, oder sonstige eigene Einnahmen.

7.3. Von dem Kuratorium wird die Entscheidung über die Verwendung des Vermögens der Öffentlichen Stiftung gemäß der Gründungsurkunde, sowie den in deren Rahmen in der Unternehmensverfassung, und in der Vorschrift bezüglich der Vermögensverwaltung - die Anlage der Unternehmensverfassung ist - enthaltenen Vorschriften entsprechend getroffen.

7.4. Von der Öffentlichen Stiftung wird vor dem Anfang aller Wirtschaftsjahre in Vorbereitung des Direktors und mit dem Vorschlag des Vorsitzenden ein Budgetplan erstellt, in dem die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben der Stiftung dargestellt werden. In dem Budgetplan müssen die Einnahmen und die Ausgaben im Gleichgewicht bleiben. Der Budgetplan darf keine Defizite enthalten.

7.5. Am Ende des Wirtschaftsjahrs wird von der Öffentlichen Stiftung ein Bericht erstellt, der von dem Aufsichtsrat begutachtet wird. Bei der Bewertung der Wirtschaftsführung müssen die direkten Kosten und Einnahmen der Unternehmungstätigkeiten und der mit den Zielen der Öffentlichen Stiftung zusammenhängenden Tätigkeiten, sowie die Betriebskosten der Öffentlichen Stiftung getrennt werden. Der Bericht und der Bericht des Aufsichtsrats müssen veröffentlicht werden.

7.6. Wenn der Budgetplan und die Wirtschaftsführung der Öffentlichen Stiftung den bestimmungsgemäßen Betrieb gefährden, der Gründer kann die Vorlage des ausführlichen Wirtschaftsplans fordern, und in diesen durch ihren Beauftragten einblicken. In die Akten der Öffentlichen Stiftung können alle Mitglieder des Kuratoriums und des Aufsichtsrats uneingeschränkt einblicken.

7.7. Das Kuratorium ist verpflichtet, dem Gründer über die vorjährige Tätigkeiten der Öffentlichen Stiftung jedes Jahr bis zum 28. Februar, sowie über die Vermögensverhältnisse und über die wichtigsten Angaben seiner Wirtschaftsführung bis zum 15. Juni schriftlich zu berichten.

7.8. Die Öffentliche Stiftung darf das im Punkt 7.1 bestimmte Vermögen und die jeweiligen Budgetunterstützungen als Kreditdeckung nicht verwenden.

7.9. Die Betriebskosten der Öffentlichen Stiftung - wenn es im Subventionsvertrag nicht geregelt ist - dürfen 10% der Ausgaben des jährlich geplanten Budgets nicht übersteigen. In diesem Betrag sind auch die Honorars und die Kostenerstattung der Kuratoriums- und der Aufsichtsratsmitglieder enthalten. Für die Honorars kann jährlich höchstens 25% der Betriebskosten verwendet werden.

8. Unternehmerische Tätigkeit der Öffentlichen Stiftung

8.1. Die Öffentliche Stiftung kann auch unternehmerische Tätigkeiten durchführen, um ihr verwendbares Vermögen zu vermehren. Die Öffentliche Stiftung darf nur an Unternehmungen teilnehmen, die die Ziele und den Betrieb der Öffentlichen Stiftung nicht gefährden. Die Öffentliche Stiftung darf nur an Wirtschaftsorganisationen teilnehmen, in denen mindestens über einen mehrheitlichen Einfluss verfügt, und in denen ihre Verantwortung den Umfang ihres Vermögensbeitrags nicht übersteigt. Die von der Öffentlichen Stiftung gegründete Wirtschaftsorganisation darf keine weiteren Wirtschaftsorganisationen gründen, und an Wirtschaftsorganisationen keine Beteiligung erwerben. Die Öffentliche Stiftung darf das im Punkt 7.1 bestimmte Vermögen und die jeweiligen Budgetunterstützungen bei ihrer unternehmerischen Tätigkeit nicht verwenden. Die Öffentliche Stiftung darf die unternehmerischen Tätigkeiten durchführen, wenn diese der Realisierung ihrer gemeinnützigen Ziele dienen, und diese Tätigkeiten die erwähnten gemeinnützigen Ziele nicht gefährden. Die Öffentliche Stiftung wird das bei der Wirtschaftsführung erreichte Ergebnis nicht aufteilen, die wird das Ergebnis zu den in der Gründungsurkunde bestimmten Tätigkeiten verwenden.

8.2. Die Öffentliche Stiftung kann Investitionstätigkeiten gemäß der von dem Kuratorium angenommenen Investitionsvorschrift durchführen, die der Gründungsurkunde nicht widersprechen darf.

9. Das Entscheidungsträger- und Verwaltungsorgan der Öffentlichen Stiftung

9.1. Das hauptsächliche Entscheidungsträger- und Verwaltungsorgan der Öffentlichen Stiftung stellt das aus 13 Mitgliedern bestehende Kuratorium dar.

9.2. Der Auftrag des Vorsitzenden, der Mitvorsitzenden und der Mitglieder gilt für eine befristete Zeitdauer von 3 Jahren. Das Namenverzeichnis der Mitglieder und der Funktionäre des Kuratoriums sieht wie folgt aus:

Kuratoriumsmitglieder:

Dr. István Klinghammer

Dr. Gergely Pröhle

Dr. János Fischer

Dr. Tamás Wallner

Dr. Péter Györffi-Tóth

Dr. Antal Szántay

Ottó Heinek

Jürgen Christian Regge

Dorothee Janeztk-Wenzel - **Die Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn**

Christian Mühlethaler - Vertreter der Schweizerischen Botschaft

Dr. Rudolf Baer - Vertreter des Freistaates Bayern

Dr. Josef Höchtl - Vertreter der Republik Österreich

Klaus von Trotha - Vertreter des Bundeslandes Baden-Württemberg

Der Vorsitzende des Kuratoriums: Herr Dr. István Klinghammer.

Die Mitvorsitzenden des Kuratoriums - die über eine ausländische Staatsangehörigkeit verfügen - werden von dem Ministerpräsidenten nach der gerichtlichen Registrierung der Öffentlichen Stiftung aufgefordert, die Position zu besetzen. Die Mitvorsitzenden nehmen an den Sitzungen des Kuratoriums mit beratender Stimme teil. Für die Personen der Mitvorsitzenden des Kuratoriums werden die Leiter der, die Öffentliche Stiftung unterstützenden deutschsprachigen Verwaltungseinheiten einen Vorschlag machen.

Der jeweilige Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn ist Mitglied des Kuratoriums.

9.3. Die Position im Kuratorium wird

- a) mit dem Erlöschen der Kuratoriumsmitgliedschaft,
- b) mit dem Rücktritt von der Position,
- c) mit dem Ablauf der befristeten Zeitdauer,
- d) aus den im Gesetz bestimmten sonstigen Gründen aufgehoben.

9.4. Die Kuratoriumsmitgliedschaft wird

- a) mit dem Rücktritt,
- b) mit dem Widerruf der Aufstellung des Kuratoriums gemäß dem Abs. (6) § 74/C. des Bürgerlichen Gesetzbuches,
- c) mit dem Erlöschen der Öffentlichen Stiftung,
- d) mit dem Tod des Kuratoriumsmitglieds,
- e) mit dem Ablauf der befristeten Zeitdauer,
- f) gemäß dem Punkt 9.9 der Gründungsurkunde

aufgehoben.

9.5. Der Auftrag der Regierungsbeamten und der Staatsbeamten wird - mangels einer gegenteiligen Entscheidung des Gründers - mit dem Erlöschen des Regierungsbeamten-, bzw. Staatsbeamten-Rechtsverhältnisses aufgehoben.

9.6. Für die Unvereinbarkeit des Vorsitzenden bzw. der Mitglieder des Kuratoriums sind die Bestimmungen der §§ 8. und 9. des Gesetzes über die gemeinnützigen Organisationen maßgebend. Die Kuratoriumsmitglieder dürfen keine nahe stehenden Personen der Mitglieder des Aufsichtsrats sein [Punkt *b*) des § 685 vom BGB.].

9.7. An der Beschlussfassung des Kuratoriums darf der Mitglied nicht teilnehmen, der oder dessen nahe stehende Person [Punkt *b*) des § 685 vom BGB.], Lebensgefährte/-in (im Folgenden gesamt Angehörigen genannt) gemäß dem Beschluss

a) von der Verpflichtung oder Verantwortlichkeit befreit wurde, oder

b) irgendwie bevorzugt ist, bzw. an einem abzuschließenden Rechtsgeschäft oder an einer, welche Unterstützung betreffende Entscheidung übrigens beteiligt ist. Die Inanspruchnahme der im Rahmen der zweckentsprechenden Zuwendungen der Öffentlichen Stiftung von allen ohne Vorbehalt beanspruchbaren nicht finanziellen Leistungen gilt als kein Vorteil.

9.8. Für Ihre Tätigkeit - wenn diese die zweckentsprechende Tätigkeit der Öffentlichen Stiftung nicht gefährdet - werden die Mitglieder des Kuratoriums das nachfolgend beschriebene Honorar erhalten:

- **Der Vorsitzende des Kuratoriums: brutto 50.000,- HUF pro Monat,**
- **Das Kuratoriumsmitglied: brutto 25.000,- HUF pro Monat.**

Das Kuratorium kann ein Honorar auch bestimmen, dessen Betrag niedriger ist als das in diesem Punkt angegebene Honorar. Die Mitglieder des Kuratoriums können auf das Honorar, oder auf einen Teil davon verzichten.

Die im Zusammenhang mit dem Besetzen der Position anfallenden erforderlichen und nachgewiesenen Kosten der Kuratoriumsmitglieder werden von der Öffentlichen Stiftung gegen Vorlage der Rechnungen vergütet.

9.9. Die Funktionäre der Öffentlichen Stiftung werden im Sinne des Punktes d) vom Abs. (3) §3 des Gesetzes Nr. CLII. von 2007 über die Verpflichtungen bezüglich der Abgabe von Vermögenserklärungen (im Folgenden Tv. genannt) eine Vermögenserklärung abgeben. Bei der Verweigerung der Abgabe dieser Erklärung wird der Auftrag der Funktionäre nach dem §8 Abs. (2) vom Tv. - kraft Gesetzes aufgehoben.

Wer die Erfüllung der die Abgabe einer Vermögenserklärung betreffenden Verpflichtung verweigert, und sein/ihr Rechtsverhältnis infolge dessen kraft Gesetzes aufgehoben wird, darf innerhalb drei Jahre - gerechnet ab dem Datum des Aufhörens des Rechtsverhältnisses - kein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis eröffnen, sowie in keinem, die Abgabepflicht einer Vermögenserklärung nach diesem Gesetz begründenden Arbeitskreis, Aufgabenbereich angestellt werden, keine solche Tätigkeiten durchführen, oder Position besetzen.

10. Aufgaben des Vorsitzenden des Kuratoriums

10.1. Der Vorsitzende des Kuratoriums ist die vom Gründer auf dieses Amt vorgeschlagene Person. Der Vorsitzende darf kein mit dem Gründer im Abhängigkeitsverhältnis stehendes Kuratoriumsmitglied sein. Der Mitvorsitzende des Kuratoriums wird aufgrund der Aufforderung des Ministerpräsidenten vom Gründer nominiert.

10.2. Die Aufgaben des Vorsitzenden:

- a*) Führung der Tätigkeiten und des Betriebs der Öffentlichen Stiftung,
- b*) Vertretung der Öffentlichen Stiftung,
- c*) laufende Überwachung der Programme,
- d*) Führung der organisatorischen Arbeit,
- e*) laufende Information der Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Öffentlichen Stiftung,
- f*) er trägt Sorge für die Veröffentlichung des Jahresberichtes und des Gemeinnützigkeitsberichtes der Öffentlichen Stiftung,
- g*) Beaufsichtigung der Tätigkeit des Büros der Öffentlichen Stiftung,

h) Der Entscheidung des Kuratoriums entsprechend wird der Vorsitzende mit dem Direktor des Büros der Öffentlichen Stiftung ein Arbeitsverhältnis, oder ein die Arbeitsleistung zweckendes Rechtsverhältnis eröffnen, und wird über ihn die Arbeitgeberrechte (Auftraggeberrechte) ausüben.

11. Art und Weise der Vertretung des Vorsitzenden

Der Vorsitzende wird bei seiner Verhinderung vom Direktor des Büros der Öffentlichen Stiftung vertreten. In diesem Fall steht dem den Vorsitzenden vertretenden Direktor der Wirkungsbereich des Vorsitzenden zu. Der den Vorsitzenden vertretenden Direktor ist verpflichtet, dem Vorsitzenden und dem Kuratorium über seine während der Vertretungsdauer getroffenen Maßnahmen zu berichten.

12. Wirkungsbereich des Kuratoriums

Das Kuratorium

- a)* ist für die finanzielle, berufliche und wirtschaftliche Tätigkeit der Öffentlichen Stiftung verantwortlich;
- b)* wird die Entscheidungen über die Verwendung des zur Verfügung stehenden Vermögens, über die Bestimmung derer Grundsätze, sowie über die Anlegung einer Unternehmung treffen;
- c)* wird die Entscheidungen über die Annahme und Freigabe des Arbeitsplans, des Jahreswirtschaftsplans, des Jahresbudgets, des Jahresberichtes, des Gemeinnützigkeitsberichtes und dessen Anlagen, sowie der Bilanz treffen;
- d)* wird das Organisationshandbuch und die Vorschrift bezüglich der Vermögensverwaltung, die Anlage des Organisationshandbuch ist, sowie die Investitionsvorschrift annehmen und ändern, die der Gründungsurkunde widrige Bestimmungen nicht enthalten dürfen;
- e)* bestimmt die Bedingungen, die Quelle und die Bewertungsaspekte der Verwendung der zur Verfügung der Öffentlichen Stiftung stehenden finanziellen Mittel,
- f)* trifft Entscheidungen über die von der Öffentlichen Stiftung geleisteten Unterstützungen,
- g)* prüft die Verwendung der Unterstützungen,
- h)* wird die Mitglieder der die Tätigkeit der Öffentlichen Stiftung fördernden Organe (ständige oder fallweise Kommissionen, Sachverständigen) beauftragen, entheben, und ihre Aufgaben bestimmen,
- i)* trifft Entscheidung über die Gründung einer der Ziele und Aufgaben der Öffentlichen Stiftung dienenden Wirtschaftsgesellschaft, um eine in Form der öffentlichen Stiftung nicht realisierbare Tätigkeit durchführen zu können,
- j)* entscheidet über die Annahme der die Tätigkeit der Funktionäre betreffenden Berichte,
- k)* entscheidet über die Vorschläge der Kuratoriumsmitglieder,
- l)* durch eine Ausschreibung wird den Direktor des Büros der Öffentlichen Stiftung auswählen,
- m)* beurteilt die Beitrittsanträge, und entscheidet über die Annahme der Angebote,
- n)* entscheidet über die gemäß dem Beschluss des Senates der Andrassy Gyula Deutschsprachigen Universität Budapest erfolgende Ablehnung des Rektoratvorschlags, im Gegenfall wird den Vorschlag bezüglich der durch den Präsidenten der Republik erfolgenden Beauftragung des Rektors - die Entscheidung des Senates bestätigend - dem Minister vorstellen.

13. Tätigkeit des Kuratoriums

13.1. Die Sitzungen des Kuratoriums werden nach Bedarf, aber mindestens jede dritte Monat abgehalten. Die Sitzung des Kuratoriums wird von dem Vorsitzenden, bzw. bei seiner Verhinderung von dem von ihm bezeichneten, oder mit seiner Vertretung beauftragten Mitglied unter Angabe der Tagesordnung, und mit der mindestens 7 Tage vor der Sitzung erfolgenden Zusendung der schriftlichen, auf Deutsch und auf Ungarisch gefassten Vorschläge berufen. Das Kuratorium ist Beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder an der Sitzung teilnehmen, und mehr als die Hälfte der anwesenden Mitglieder mit dem Gründer in keinem Abhängigkeitsverhältnis, öffentlich-rechtlichem Verhältnis, bzw. in keinem Angestelltenverhältnis im Öffentlichen Dienst stehen. Auf den schriftlichen Antrag mindestens eines Drittels der Mitglieder muss die Kuratoriumssitzung - innerhalb 30 Tage, gerechnet ab dem Zeitpunkt der Einreichung des Angebotes - berufen werden.

13.2. Die Entscheidungen des Kuratoriums werden durch die einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder getroffen, bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Sitzungsvorsitzenden entscheidend. Hinsichtlich der in den Punkten 12. b), c), d), f), g), j) und n) bestimmten Entscheidungsbefugnisse ist die qualifizierte Zweidrittelmehrheit der Kuratoriumsmitglieder erforderlich. Der leitende Vorsitzende darf kein Mitglied des Kuratoriums sein, der mit dem Gründer im Abhängigkeitsverhältnis steht.

13.3. Die Sitzungen des Kuratoriums - wenn das Kuratorium das nicht anders bestimmt - sind öffentlich. Die Anordnung einer geschlossenen Sitzung ist möglich, wenn das Thema der Sitzung Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte betrifft.

13.4. Bei der Verhinderung des Vorsitzenden des Kuratoriums wird das von ihm bestimmte oder das vom Kuratorium beauftragte Mitglied vorgehen.

13.5. Über die Sitzungen des Kuratoriums müssen Protokolle erstellt werden. In dem Protokoll müssen die Kernpunkte der Kuratoriumssitzung festgelegt werden. Das Protokoll muss die Zeitpunkte der Sitzungen, den wortgetreuen Text der Beschlüsse, die die Wirkung der Entscheidung betreffenden Bestimmungen, das Zahlenverhältnis und die Person der Mitglieder enthalten, die die Entscheidung unterstützen, bzw. dagegen sind. Das Protokoll wird von dem die Sitzung leitenden Vorsitzenden, vom Protokollführer und von dem Beglaubiger des Protokolls unterzeichnet. Das Protokoll muss mit den Akten des Kuratoriums aufbewahrt werden. Aufgrund des Protokolls muss das Beschlussverzeichnis geführt werden, in das der Inhalt, der Zeitpunkt und die Wirkung des Beschlusses, das Verhältnis und die Person der den Beschluss unterstützenden bzw. dagegen stehenden Mitglieder aufgeführt werden.

13.6. Das über die Kuratoriumssitzung erstellte Protokoll muss dem Aufsichtsrat zugesandt werden.

13.7. Das Kuratorium teilt seine Entscheidungen den betroffenen Personen schriftlich, nachweisbar (als Einschreiben), durch das Büro der Öffentlichen Stiftung mit.

13.8. Die ausführliche Ordnung der Tätigkeit, der Organisation, der Vertretung und der Wirtschaftsführung der Öffentlichen Stiftung werden von dem Organisationshandbuch, von der Vermögensverwaltungsvorschrift, sowie von der Investitionsvorschrift im Rahmen der Gründungsurkunde bestimmt.

14. Der Aufsichtsrat

14.1. Die Kontrollinstanz der Öffentlichen Stiftung stellt der dreiköpfige Aufsichtsrat dar.

14.2. Der Vorsitzende und die Mitglieder des Aufsichtsrats werden von dem Gründer beauftragt. **Der Auftrag gilt für eine befristete Zeitdauer von 3 Jahren.** Die Person kann kein Vorsitzender oder Mitglied des Aufsichtsrats sein, die Vorsitzender oder Mitglied des Kuratoriums der Öffentlichen Stiftung ist, die mit einer gemeinnützigen Organisation in einem, die Durchführung einer, außer seinem Auftrag fallenden anderen Tätigkeit zweckenden Arbeitsverhältnis, oder in einem welche Arbeitsleistung zweckenden, sonstigen Rechtsverhältnis steht; wenn es in den Rechtsvorschriften nicht anders geregelt ist, die Person, die an den zweckentsprechenden Zuwendungen der Öffentlichen Stiftung beteiligt ist - ausgenommen sind davon die von allen ohne Vorbehalt beanspruchbaren nicht finanziellen Leistungen -, bzw. die Personen die Angehörigen der oben beschriebenen Personen sind.

14.3. a) Mitglieder des Aufsichtsrates:

- Tamás Móri
- Dr. László Horváth
- **Balázs Kohut**

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats: Hr. Tamás Móri.

b) Die Position im Aufsichtsrat wird

- mit dem Erlöschen der Mitgliedschaft,
- mit dem Rücktritt von der Position,
- mit dem Abberufung von der Position,
- mit dem Ablauf der befristeten Zeitdauer,

- **aus den im Gesetz bestimmten sonstigen Gründen aufgehoben.**

c) Die Aufsichtsratsmitgliedschaft wird

- **mit dem Rücktritt von der Position,**
- **mit der Abberufung von der Position,**
- **mit dem Ablauf der befristeten Zeitdauer,**
- **aus den im Gesetz bestimmten sonstigen Gründen aufgehoben.**

14.4. Der Aufsichtsrat wird seine Geschäftsordnung unter Berücksichtigung der Vorschriften bezüglich der Tätigkeit des Kuratoriums, sowie der Bestimmungen der Gründungsurkunde selbst bestimmen.

14.5. Der Aufsichtsrat ist verpflichtet, die Tätigkeit und die Wirtschaftsführung der Öffentlichen Stiftung hinsichtlich des vollständigen Geschäftskreises durchgreifend zu überprüfen, d.h., dass der Aufsichtsrat besonders

a) die Übereinstimmung der Entscheidungen des Kuratoriums mit den betreffenden Rechtsvorschriften, mit der Gründungsurkunde, mit dem Organisationshandbuch und mit der Geschäftsordnung unter Berücksichtigung der über die Kuratoriumssitzungen erstellten Protokolle prüft;

b) die Übereinstimmung der Finanz- und Wirtschaftstätigkeiten unter Berücksichtigung des Jahresberichtes des Wirtschaftsprüfers, die Jahresverrechnungen, sowie die Bilanz prüft.

c) Der Aufsichtsrat ist berechtigt, Zielprüfungen durchzuführen, wenn er die Realisierung der Ziele der Öffentlichen Stiftung, bzw. die Vorschriftsmäßigkeit der Finanz- und Wirtschaftstätigkeiten als gefährdet betrachtet, oder wenn der Gründer ihn dazu aufgefordert hat;

d) Der Aufsichtsrat ist berechtigt, über die Geschäfte der Öffentlichen Stiftung Informationen zu fordern, und die Geschäftsbücher, die Unterlagen, die Ordnung der Geldverwaltung sowie der Anweisung zu überprüfen.

14.6. Der Aufsichtsrat wird dem Gründer jährlich einen Bericht über das Ergebnis seiner Tätigkeit erstatten, und darüber das Kuratorium auch informieren.

14.7. Für Ihre Tätigkeit - wenn diese die zweckentsprechende Tätigkeit der Öffentlichen Stiftung nicht gefährdet - werden die Mitglieder des Aufsichtsrats das nachfolgend beschriebene Honorar erhalten:

- **Der Vorsitzende des Aufsichtsrats: brutto 37.500,- HUF pro Monat,**
- **Das Mitglied des Aufsichtsrats: brutto 37.500,- HUF pro Monat.**

Der Aufsichtsrat kann ein Honorar auch bestimmen, dessen Betrag niedriger ist als das in diesem Punkt angegebene Honorar. Die Mitglieder des Kuratoriums können auf das Honorar, oder auf einen Teil davon verzichten.

Die im Zusammenhang mit dem Besetzen der Position anfallenden erforderlichen und nachgewiesenen Kosten der Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Öffentlichen Stiftung gegen Vorlage der Rechnungen, gemäß einer gesonderten Regelung vergütet.

14.8. Bei sonstigen Fragen bezüglich der Tätigkeit des Aufsichtsrats sind die Bestimmungen des §11 des Gesetzes über die gemeinnützigen Organisationen anzuwenden. Das Mitglied des Aufsichtsrats kann an den Sitzungen des Kuratoriums mit beratender Stimme teilnehmen.

15. Das Büro der Öffentlichen Stiftung

15.1. Das Büro der Öffentlichen Stiftung (im Folgenden Büro genannt) ist eine von dem Direktor geführte Organisationseinheit, die die permanente Tätigkeit und die Arbeit des Kuratoriums befördert, und die Verwaltungs-, Sekretariat-, Organisations-, finanziellen, Wirtschaftsführungs- und technischen Aufgaben erledigt. Die ausführlichen Vorschriften bezüglich der Tätigkeit des Büros, sowie die Aufgaben des Direktors sind von dem Organisationshandbuch in Übereinstimmung mit der Gründungsurkunde geregelt. Der Personalbestand des Büros wird vom Kuratorium in Kenntnis der Aufgaben bestimmt. Der Haushalt des Büros wird vom Kuratorium genehmigt.

15.2. Der Direktor ist der Leiter des Büros mit Gesamtvollmacht, er ist eingeladener Teilnehmer der Kuratoriumssitzungen mit beratender Stimme. Bezüglich des Büroleiters sind die in den Punkten 9.6 und 9.7 der Gründungsurkunde beschriebenen Unvereinbarkeitsregeln entsprechend anzuwenden. Zu seinem Zuständigkeitsbereich gehören die Leitung des Büros, sowie die Vorbereitung und Durchführung der Kuratoriumsentscheidungen.

15.3. Der Direktor übt den Arbeitgeber-Rechtsbereich über die Mitarbeiter des Büros aus.

15.4. Die Aufgabe des Büros ist die Führung eines Registers (Beschlussverzeichnis), in dem

a) der Zeitpunkt,

b) der Inhalt,

c) zeitliche, persönliche und gegenständliche Wirkung der getroffenen Entscheidungen,

d) das Zahlenverhältnis und die Person der die Entscheidung unterstützenden, dagegen stehenden oder der Stimme enthaltenden, an der Entscheidung teilnehmenden Kuratoriumsmitglieder.

15.5. Das Büro ist verpflichtet, innerhalb 30 Tage gerechnet ab dem Zeitpunkt der Entscheidungsfindung die Betroffenen über die Entscheidung schriftlich, auf nachweisbarer Weise (als Einschreiben) zu informieren.

15.6. Das Büro ist verpflichtet, als Teil des Berichtes eine Zusammenstellung zu erstellen, in der der Name der unterstützten Organisationen und Personen, der Unterstützungsbetrag, die unterstützte Aufgabe und der Rechtstitel der Unterstützung enthalten sind. Die erwähnte Zusammenstellung muss als Teil des Berichtes veröffentlicht werden.

15.7. In die Verzeichnisse, in die Berichte und in die Gemeinnützigkeitsberichte nach den Punkten 15.4. bzw. 15.6. kann jede Einsicht nehmen. Zur Beförderung der Einsicht ist das Büro verpflichtet, an dem ersten Arbeitstag jedes Monats einen Visitentag abzuhalten.

15.8. Die Art und Weise der Tätigkeit der Öffentlichen Stiftung, sowie der Inanspruchnahme der Dienstleistungen, die Berichte und die Kuratoriumsentscheidungen müssen in dem Unterrichts-Mitteilungsblatt veröffentlicht werden. Der Gründer wird die wichtigsten Angaben seiner urkundengemäßen Tätigkeit und Wirtschaftsführung in einer nationalen Tageszeitung bis zum 30. Juni jedes Jahres veröffentlichen.

16. Vertretung der Öffentlichen Stiftung

16.1. Der Vorsitzende des Kuratoriums ist zur eigenständigen Vertretung der Öffentlichen Stiftung berechtigt. Nach dem Abs.(4) § 74/C. des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) wird dem Angestellten der Stiftung seitens des Verwaltungsorgans eine Vertretungsbefugnis sichergestellt, so ist der Direktor des Büros nach den Bestimmungen des Punktes 11. die Öffentliche Stiftung zu vertreten.

16.2. Die zwei, von dem Vorsitzenden des Kuratoriums schriftlich bevollmächtigten Kuratoriumsmitglieder sind gemeinsam berechtigt, über das Bankkonto zu verfügen. Das mit dem Gründer im Beteiligungsverhältnis stehende Kuratoriumsmitglied verfügt über keine Berechtigung, um das Bankkonto zu behandeln.

17. Der Wirtschaftsprüfer

17.1. Die Auditierung des Jahresberichtes der Öffentlichen Stiftung wird gemäß den Vorschriften des Gesetzes Nr. C. von 2000 über das Rechnungswesen von einem, von dem Kuratorium beauftragten, unabhängigen, durch eine Ausschreibung aufgefundenen Wirtschaftsprüfer durchgeführt.

17.2. Der Wirtschaftsprüfer ist verpflichtet, die Bücher der Öffentlichen Stiftung halbjährlich zu überprüfen, und über die Ergebnisse dieser Überprüfung, sowie der jährlichen Tätigkeitsprüfung dem Kuratorium nach der Durchführung der Prüfungen einen Bericht zu erstellen.

17.3. Ohne die Gegenzeichnung des Wirtschaftsprüfers, sowie ohne Stellungnahme des Aufsichtsrats kann das Kuratorium über die Annahme des jährlichen Wirtschaftsberichtes keinen geltenden Beschluss fassen.

17.4. Die Belohnung des Wirtschaftsprüfers wird vom Kuratorium ermittelt.

17.5. Gemäß dem Abs.(2) vom §8 des Gesetzes über die gemeinnützigen Organisationen darf die Person kein Wirtschaftsprüfer sein, die Vorsitzender oder Mitglied des Kuratoriums ist, mit der Öffentlichen Stiftung in einem, die Durchführung einer, außer seinem Auftrag fallenden anderen Tätigkeit

zweckenden Arbeitsverhältnis, oder in einem welche Arbeitsleistung zweckenden, sonstigen Rechtsverhältnis steht; wenn es in den Rechtsvorschriften nicht anders geregelt ist, die Person, die an den zweckentsprechenden Zuwendungen der Öffentlichen Stiftung beteiligt ist - ausgenommen sind davon die von allen ohne Vorbehalt beanspruchbaren nicht finanziellen Leistungen -, bzw. die Personen die Angehörigen der oben beschriebenen Personen sind.

18. Schlussbestimmungen

18.1. Nach der Bestimmung des Gründers kann sich der Personalstand des Kuratoriums in der Zukunft mit den Vertretern der an den im Interesse der Realisierung der Ziele der Öffentlichen Stiftung abzuschließenden Verträgen teilnehmenden ausländischen Regierungen erweitern.

18.2. Für die Berichtsordnung und Wirtschaftsführung der der Öffentlichen Stiftung geleisteten Zielunterstützungen sind die Regelungen nach der Regierungsverordnung Nr. 115/1192 (25.VII.) über die Wirtschaftsführung der Stiftungen maßgebend.

18.3. Die Regeln der Behandlung und der Verwendung der Zinsen des Vermögens der Öffentlichen Stiftung müssen in der Vorschrift bezüglich der Vermögensverwaltung der Öffentlichen Stiftung festgelegt werden.

18.4. Nach dem Erlöschen der gemeinnützigen Organisation kann die Person keine führende Position in einer anderen gemeinnützigen Organisation besetzen, die in den zwei Jahren vor dem Erlöschen der Organisation mindestens ein Jahre lang eine führende Position besetzt hat, die ihre öffentliche Schulden nach dem Gesetz über die Ordnung der Steuerzahlung nicht bezahlt hat. Der führende Funktionär, bzw. die für einen führenden Funktionär nominierte Person ist verpflichtet, alle betroffenen gemeinnützigen Organisationen darüber vorher zu informieren, dass sie ein gleichartiges Amt bei einer anderen gemeinnützigen Organisation gleichzeitig auch besetzt.

18.5. Beim Erlöschen der Öffentlichen Stiftung ist der Gründer verpflichtet, das Vermögen der erloschenen Öffentlichen Stiftung - nach der Bezahlung der Gläubiger - für die den Zielen der erloschenen Öffentlichen Stiftung ähnlichen Ziele zu verwenden, und darüber die Öffentlichkeit entsprechend zu informieren.

18.6. In dem Gemeinnützigkeitsbericht müssen

- a) der Buchführungsbericht,
 - b) die Verwendung der Budgetunterstützung,
 - c) eine mit der Verwendung des Vermögens zusammenhängende Aufstellung,
 - d) die Aufstellung der Zuwendungen nach dem Ziel,
 - e) ein kurzer, inhaltlicher Bericht über die gemeinnützige Tätigkeit,
 - f) der Umfang der von dem zentralen Haushaltorgan, vom staatlichen Fonds, von der Gemeindeverwaltung, von der Minderheitsstadtgemeinde, von der Assoziation der Stadtgemeinden, und von deren Organen erhaltenen Subventionen,
 - g) der Wert, bzw. der Betrag der den führenden Funktionären geleisteten Zuteilungen
- enthaltet werden.

18.7. Der Minister ist berechtigt, in dem gerichtlichen Registrierungsverfahren der Öffentlichen Stiftung vorzugehen.


18.8. Für die in dieser Gründungsurkunde nicht geregelten Fragen sind die Anordnungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Stiftungen, das Gesetz Nr. CLII. von 2007 über die Verpflichtungen bezüglich der Abgabe von Vermögenserklärungen, sowie die Anordnungen des Gesetzes über die gemeinnützigen Organisationen, und weiterhin die Anordnungen der sonstigen, die öffentlichen Stiftungen betreffenden Rechtsvorschriften, und damit verbundenen zivilrechtlichen Anordnungen maßgebend.

18.9. Die Gründungsurkunde der Öffentlichen Stiftung muss in dem Amtsblatt der Republik Ungarn, d.h. in dem Ungarischen Staatsanzeiger veröffentlicht werden.

Budapest, den 22 Juli 2011

Stempel des
Ministeriums
für Nationale
Ressourcen




Dr. Miklós Réthelyi
 Minister der nationalen
 Ressourcen
 im Namen der Regierung